Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) ¹

(Vom 17. März 1999)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,

gestützt auf § 40 der Kantonsverfassung,² nach Einsicht in Bericht und Vorlage des Regierungsrates,

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen**§ 1** 1. Ziel

Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) fördert eine bedarfsgerechte, qualitätsbewusste und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen.

§ 2 2. Verwaltungseinheiten

Departemente, Ämter, Anstalten und Dienststellen werden in der Verordnung als Verwaltungseinheiten bezeichnet.

§ 3 ³ 3. Gegenstand

¹ Die Verordnung schafft für Verwaltungseinheiten die rechtlichen Voraussetzungen, damit sie ihre Aufgaben nach den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) erfüllen können.

² Zu diesem Zweck enthält die Verordnung besondere Instrumente, Zuständigkeiten und Verfahren, die von den allgemeinen Vorschriften über die Organisation und den Finanzhaushalt abweichen.

§ 4 4. Geltungsbereich

¹ Einzelne Verwaltungseinheiten werden für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) ausgewählt und dieser Verordnung unterstellt, indem ihnen der Regierungsrat einen Leistungsauftrag erteilt und dieser Leistungsauftrag vom Kantonsrat genehmigt wird.

² Mit Ausnahme der nachfolgenden Bestimmungen bleiben diese Verwaltungseinheiten an die für die übrige kantonale Verwaltung geltenden Vorschriften gebunden.

II. Steuerung

§ 5 1. Leistungsauftrag a) Begriff

¹ Der Leistungsauftrag enthält die übergeordneten Sachziele einer Verwaltungseinheit, die Produktgruppen mit den wesentlichen Leistungsmerkmalen, den erforderlichen Globalkredit und die Indikatoren zur Leistungsmessung.

² Der Leistungsauftrag ist ein mittelfristiges Steuerungsinstrument und wird in der Regel für eine Leistungsperiode von jeweils vier Jahren erteilt.

§ 6 b) Erteilung

Der Regierungsrat fordert einzelne Verwaltungseinheiten auf, einen Leistungsauftrag vorzuschlagen, prüft den Vorschlag, entscheidet abschliessend über den Inhalt und erteilt einen Leistungsauftrag unter dem Vorbehalt von § 7.

§ 7 c) Genehmigung

¹ Der Regierungsrat unterbreitet den Leistungsauftrag dem Kantonsrat als Vorlage zur Genehmigung.

² Die Genehmigung umfasst alle Teile des Leistungsauftrages und erfolgt mit einer einzigen Abstimmung. Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung, kann der Regierungsrat einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten oder auf die Erteilung eines Leistungsauftrages verzichten.

³ Die Staatswirtschaftskommission prüft als vorberatende Kommission die Vorlage und stellt dem Kantonsrat Antrag, ob die Genehmigung erteilt oder verweigert werden soll. Sie zieht eine Delegation der ständigen Kommission des Kantonsrates zur Prüfung hinzu, die von der Vorlage in ihrem Aufgabenbereich betroffen ist.

⁴ Die Staatswirtschaftskommission beurteilt im Rahmen der Geschäftsprüfung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung die Ausführung des Leistungsauftrages.

§ 8 d) Änderung

¹ Der Leistungsauftrag ist während der Leistungsperiode im gleichen Verfahren zu ändern wie die Erteilung und die Genehmigung, wenn es eine neue Aufgabenstellung erfordert oder wenn vorgesehene Leistungen nicht erbracht werden.

² Der Kantonsrat kann den Regierungsrat zu einer bestimmten Änderung nach Abs. 1 verpflichten, wenn er eine Motion erheblich erklärt.

§ 9 2. Rahmenbedingungen a) Zuständigkeit

Der Regierungsrat setzt Rahmenbedingungen fest, die bei der Ausführung des Leistungsauftrages einzuhalten sind.

§ 10 b) Koordination

Mit Anforderungen wird die Ausführung des Leistungsauftrages innerhalb der kantonalen Verwaltung koordiniert, namentlich in Bezug auf:

- a) die Kostenrechnung und die Kalkulationsgrundlagen;
- b) die Übertragung von Gewinnen und Verlusten auf nachfolgende Rechnungs- und Leistungsperioden;
- c) die Besorgung von verwaltungsinternen Querschnittsaufgaben und den Bezug von verwaltungsinternen Querschnittsleistungen;
- d) die Leistungs- und Wirkungsprüfung;
- e) das Controlling und Berichtswesen.

§ 11 c) Delegation von Kompetenzen

Der Regierungsrat kann mit der Erteilung des Leistungsauftrages eigene Kompetenzen auf die Ausführungsstufe delegieren, soweit die Delegation im Rahmen der Gesetzgebung zulässig ist, namentlich in Bezug auf:

- a) die organisatorische Gliederung;
- b) die Vornahme von Ausgaben;
- c) den Erlass von Verfügungen und die Zusicherung von Kantonsbeiträgen;
- d) die Vergebung von Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen.

§ 12 3. Kostenrechnung

¹ Die mit einem Leistungsauftrag ausgestatteten Verwaltungseinheiten führen eine Kostenrechnung und überwachen die Einhaltung der Globalkredite und der Globalbudgets.

² Der Regierungsrat sorgt für die Abstimmung zwischen Finanz- und Betriebsbuchhaltung.

§ 13 4. Controlling und Berichtswesen

¹ Die mit einem Leistungsauftrag ausgestatteten Verwaltungseinheiten sind für das Controlling verantwortlich und besorgen das Berichtswesen.

² Der Regierungsrat gewährleistet die Information der Staatswirtschaftskommission und des Kantonsrates über die Ausführung der Leistungsaufträge und die Einhaltung der Globalkredite und Globalbudgets.

³ Die Finanzkontrolle prüft die Ordnungsmässigkeit von Leistungs- und Wirkungsdaten.

III. Finanzhaushalt**§ 14** 1. Globalkredit

¹ Der Globalkredit ist im Rahmen der Laufenden Rechnung der geplante Saldo aus den Kosten und den Erlösen der Produktgruppen einer Verwaltungseinheit, die mit einem Leistungsauftrag ausgestattet ist. Der Globalkredit umfasst eine ganze Leistungsperiode und hat die Wirkung eines Verpflichtungskredites.

² Erfordern es eine neue oder wesentlich erweiterte Aufgabenstellung oder neue Finanzierungsgrundlagen und wird ein Leistungsauftrag während der Leistungsperiode geändert, kann dem Kantonsrat ausnahmsweise ein Zusatzkredit beantragt werden.

§ 15 2. Globalbudget

Mit dem Globalbudget werden vom Kantonsrat die jährlichen Zahlungskredite eines Globalkredites bewilligt. Das Globalbudget ist im Rahmen der Laufenden Rechnung der geplante Saldo aus den Kosten und den Erlösen der Produktgruppen einer Verwaltungseinheit, die mit einem Leistungsauftrag ausgestattet ist.

§ 16 3. Übertragung

Gewinne und Verluste dürfen im Rahmen des Globalbudgets auf das Folgejahr und im Rahmen des Globalkredites auf die folgende Leistungsperiode übertragen werden, soweit die Übertragung begründet und nach den vom Regierungsrat festgesetzten Rahmenbedingungen gestattet ist.

§ 17 4. Ausnahme von Haushaltgrundsätzen

Verwaltungseinheiten, die mit einem Globalkredit ausgestattet sind und über ein Globalbudget verfügen, sind von der qualitativen, quantitativen und zeitlichen Bindung von Voranschlagskrediten befreit.

§ 18 5. Investitionsausgaben

¹ Investitionsausgaben können nicht in Globalkredite und Globalbudgets eingestellt werden.

² Wird das Strassenwesen mit einem Leistungsauftrag ausgestattet, sind nur noch für den Neubau und für bedeutende Ausbauten von Kantonsstrassen beim Kantonsrat Verpflichtungskredite einzuholen, die für den Kanton einmalige neue Ausgaben von mehr als zwei Millionen Franken zur Folge haben und die dem fakultativen Referendum unterliegen.

IV. Personal- und Besoldungswesen

§§ 19 - 22 ⁴

V. Schlussbestimmungen

§ 23 1. Änderung bisherigen Rechts

Die Verordnung über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen (Submissionsverordnung)⁵ vom 6. Februar 1976 wird wie folgt geändert:

§ 22 Abs. 2

² Verfügungen, die der Regierungsrat oder die mit einem Leistungsauftrag nach der Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltung (WOV) ausgestattete und vom Regierungsrat ermächtigte Verwaltungsstellen treffen, können durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

§ 24 2. Referendum, Vollzug, Inkrafttreten

¹ Die Verordnung wird dem fakultativen Referendum gemäss § 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung unterstellt.

² Sie wird im Amtsblatt veröffentlicht und nach Inkrafttreten ⁶ in die Gesetzssammlung aufgenommen.

³ Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

¹ GS 19-384 mit Änderung vom 25. April 2007 (GS 21-125a).

² SRSZ 100.000.

³ Abs. 2 in der Fassung vom 25. April 2007.

⁴ Aufgehoben am 25. April 2007.

⁵ SRSZ 430.110.

⁶ 1. Januar 2000 (Abl 2000 33). Änderung vom 25. April 2007 ist am 1. Januar 2008 (Abl 2007 2298) in Kraft getreten.